



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 1 Mark. Montlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Beleggeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anwarte 20 Pf.] Nr 216 · A 110

SONNABEND, 9. MAI 1931

MORGEN-AUSGABE · V

Bewag-Vertrag angenommen

Mit vier Stimmen Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat heute in namenhafter Abstimmung mit 104 gegen 100 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, dem Bewag-Vertrag zugestimmt.

Der Magistrat beschloß sofort nach der Stadtverordneten-Versammlung in außerordentlicher Sitzung, dem Bewag-Vertrag den Bescheid zu erteilen, nach dem der Magistrat der Bewag-Vertrag nach in später Abhandlung zusammen, um die letzten Bewag-Beschlüsse zu fassen. Nachdem namentlich alle Schwierigkeiten beseitigt sind, wird Oberbürgermeister Dr. Gahm heute vormittag den Vertrag mit dem Bewag-Verein unterzeichnen. Damit wird hoffentlich die

neue Ära einer gesunden Finanzverwaltung in der Reichshauptstadt beginnen.

Der Bewag-Vertrag der Stadtverordnetenversammlung kam am Ende einer außerordentlich erregt geführten Diskussion laute, nachdem als letzter Redner der Oberbürgermeister sich persönlich in die Debatte gemischt und in einer energiegeladen und eindringlichen Rede das Borgen des Magistrats verteidigt hatte. Die Mehrheit kam dadurch auf, daß die drei Stadtverordneten des „Christlichen Volksbundes“ für die Vorlage stimmten. Über den Verlauf der interessanten Sitzung wird in der ersten Beilage berichtet.

Adolf Dégallité Hitlers Bekenntnis

Citoyen Dégallité, du deutsch „Bürger Dégallité“, nannte sich jener Herr Wilhelm Joseph Franz von Dégallité, der mit dem französischen Königsgeheimrat verzwängert war und seine Verbundenheit mit den Zielen der großen französischen Revolution dadurch auszuzeichnen gedachte, daß er sich eines ihrer Schlagworte als Namen zulegte. Es soll ihm nichts, er erklärt sich für das deutsche Reich wie Ludwig XVI. Aber das hinderte wieder nicht, daß sein Sohn (später wieder König der Franzosen wurde).

Nach seinem Beispiel könnte sich der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Dégallité nennen; es laut und so unermeßlich laßt er der deutschen Öffentlichkeit die Überzeugung einzupflanzen, er sei keine Besetzung seines legal. Legal und immer wieder legal, das schließt ihm so leicht über die brennenden Lippen, als ob es nie eine Agitation für den gewaltlosen Umsturz und nie einen Schritt im Winkler Bürgerbräu-Keller gegeben hätte. Was heißt legal? Uebererfüllung mit der Weimarer Verfassung, versteht sich. Nicht als ob er die Weimarer Verfassung billigte. „Im Gegenteil, er hält sie für falsch und falsch, schon deshalb, weil sie falsch. Inzwischen, er erklärt sich für einseitig genug, um zu wissen, daß jeder Versuch eines gewaltlosen Umsturzes dieser Verfassung zum Scheitern verurteilt ist, und er hält es mit seinem Gewissen nicht für vereinbar, Menschen, die sich seiner politischen Führung anvertrauen, zu der Waffengewalt zu treiben.

Die Schritte, an der er dieses Bekenntnis zur Dégallité mit weit in das Sand fallen der Stimme wieder einmal verteidigt darf, ist der Schwurgerichtshof des Landgerichts III in Moabit. Der Prozeß Eif und Genossen ist im Gange, nach immer seit einem Monat, unter der Auflage des verurteilten Totfalls stehen ein paar Mitglieder jenes nationalsozialistischen Sturmtrupps 33, der sich in letzter Zeit immer wieder durch blutige Gewalttaten ausgezeichnet hat. Ein solcher Ueberlebter ist schon abgeurteilt, zwei Verurteilten können noch, außer dem Prozeß Eif. Die Verurteilten, als Bekenntnis zugelassen, besaßen: es sei Methode in diesen Ueberlebten; die Zeitung wisse davon und trage die Verantwortung. Die leitenden Männer sind als Zeugen geladen: der Führer der Groß-Berliner Sturmabteilungen 33 & 41, der übergeordnete Führer der Sturmabteilungen Hilbig, der Ober-Inspektor S t e n n e s, beide nicht mehr auf ihrem Posten, und der Parteiführer selbst, Adolf Hitler ist aus München herbeigeführt, nicht allein übrigens, sondern auch vom feinen Helfert mit den langweiligen Titeln, dem „Verfassenden des Reichsunterstützungsausschusses“, dem „Inspekteur der S. U.“ und noch einigen anderen Würdenträgern. Er hat sie alle mitgebracht, für den Fall, daß das Gericht sie brauchen sollte, damit sie ihm die Dégallité bezeugen helfen.

Was hat die Zeitung gemerkt? Gar nichts von jenem Charlottenburger Sturmtrupps Nr. 33, dem modernen Häuflein deutscher Idealisten. Aber das hat die Zeitung gemerkt, daß Gewalttätigkeiten verboten sind, daß Waffen verboten sind, daß jeder ausgeschlossen wird, der mit Waffen oder mit bewaffneten Helfern betroffen wird. Denn es handelt sich nicht um einen Kampf der Weiber, sondern der Männer. Die Weimarer Verfassung wird nicht geändert werden. Was wäre schmerzlicher zu beklagen als der Krieg deutscher Arbeiter gegen deutsche Arbeiter! So verstanden es Hitler, und die Angetragenen in ihrem Selbstgefühl. Arbeiter sie selbst, Hammer ist mit verziertem Bild an ihren Führer, und er ist freudlich genug und auch geschickt genug, diese Wäpse mit lamellenhaftem Wäpse zu erwidern.

Freilich, die Vorrede kann den S. U.-Verten nicht bezeugen, sondern er hat sich in Ebegehörigkeit befindet! Und sie befinden sich immer und überall in Ebegehörigkeit, die ornien, die religiösen, die unbewaffneten und friedfertigen S. U.-Leute.

Nach dem obersten Führer werden die Unterführer vernommen. Den Streit innerhalb der Partei wird man vorzüglich zu umgehen. Hauptmann S t e n n e s: Mir ist nichts bekannt von Ueberlebten. Ich weiß nichts davon, daß Ueberlebter geplant waren. Ich weiß nichts davon, daß es irgendwelche Hoffmanns gegeben hat. Ich habe immer nur Gewalttätigkeiten gemerkt. Der Berliner Arbeiter W e h e l, Parteibeamter: Ich habe nie etwas von Hoffmanns gemerkt. Ich habe nie gemerkt, daß Ueberlebte geplant worden sind. Ich habe einen solchen Plan nie an Hauptmann Stennes mitgegeben.

Aber beide, Stennes und Wehel, sagen übereinstimmend und betonen mit denselben Worten: Die Führer haben uns bezeugen, die Ueberlebten haben nicht. Das ist nicht die Rede. Das ist nicht die Rede.

Die Linke benennt Briand

Schritt der Radikalsocialen zur Präsidentenwahl

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 8. MAI

Der radikal-socialen Seite ist eine bedeutende Initiative zu erteilen worden, um die Linke auf die Wahl von Briand als Präsidentenstandpunkt zu einigen. Die radikal-socialen Kameradschaft hat heute nachmittag mit großer Mehrheit beschlossen, an die andere Kameradschaft der Kammer und an die Linke des Senats mit dem Vorschlag heranzutreten, einen gemeinsamen Schritt bei Briand zu unternehmen, um ihm die Annahme der Kandidatur nahelegen.

Briands große Rede

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 8. MAI

Die 6 Uhr hatten sich auf der Tribüne die Gegner des Außenministers in immer neuer Vorhölle und Angriffen abgelöst. Nach einer kurzen Sitzungspause kam endlich Briand selbst zu Wort. Er war in ungewöhnlich glänzender Verfassung, frisch und elastisch erklomm er die Treppe, die zum Rednerpult emporführt, zum erstenmal eine Altentasse aus einem Marquise unter dem Arm. Er erklärte nur einige Vertragspunkte und Stellungsausschlüsse, die Briand im Laufe seiner Ausführungen gitterte. Im übrigen sprach er frei und ohne die kleinste Notiz, wie immer. Ahrig und mit einer Gelassenheit, die seine Zuversicht auf erfüllten Vermögen, zeigte sich Gahm an seiner Rede, die in Aufbau und eindringlicher Behauptung die beste war, die er seit Jahren gehalten hat.

Die Ueberredungen und Ausfälle seiner Gegner hatten ihm die Antwort leicht gemacht. Er sei es nicht gewesen, führte er aus, der diese Stimme für die Auswanderung gewährt habe. Ihm sei der Termin hierfür bereits festgesetzt worden, als die Kammer in die Ferien gieng. Im übrigen sei er der Lage, der sich durch die besonderen Umstände des Augenblicks in seiner Objektivität beeinflussen lassen werde. Was für ihn zur Diskussion stehe, sei einzig und allein der Versuch Deutschlands und Österreichs zur Bewältigung des Aufschusses, der in ganz Frankreich, im Parlament, der öffentlichen Meinung und bei ihm selbst begriffliche Erzeugung und Veranschaulichung ausgeht habe. Als er nach Kriegsende seine Politik zur Konfliktlösung des Friedens begonnen habe, sei er sich ihrer Sinnhaftigkeit und Schwierigkeiten wohl bewußt gewesen, aber er habe kein ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet, sie zu überwinden.

Erst als Angriffe, trotz aller Anfeindungen und Verleumdungen, immer erneuert wurden, sah er die Politik wieder bedeuten, noch sie aufzugeben gedente. Denn er habe die Ueberzeugung, daß sie den wahren Interessen Frankreichs diene. Seinen Gegnern beschuldigte er aber auf das Gebiet der persönlichen Politik noch der patriotischen Pflicht zu folgen. Auch S t e n n e s und der Prozeß-Plan händen heute nicht zur Diskussion.

Der Vertrag von Versailles sei das gemeinsame Werk aller derjenigen Nationen, die auf dem Schicksal des gemeinen den Sieg erritten hätten. Das sei seine Stärke, aber zugleich auch seine

Schwäche. Denn er unterlege Frankreich jede selbständige Aktion. Innerhalb habe die Politik, die dieser Vertrag inaugurieren habe, das Bedürfnis, die friedliche Regelung aller bisher entstandenen internationalen Konflikte ermöglicht zu haben. Das aber sei die Hauptaufgabe. Denn schon allein die Tatsache, daß es heute sehr viel schwieriger sei, einen Krieg zu provozieren als ehemals, sei ein Fortschritt von unschätzbarem Tragewert.

Es habe eine Stunde gegeben, wo Frankreich sich zu Zwangsmahnahmen gegenüber Deutschland gezwungen gesehen und sich dadurch in der Welt dem Verdacht imperialistischer Absichten ausgesetzt habe. Seiner Politik sei es gelungen, diesen Irrtum zu beseitigen. Aber obwohl man ihn der Schwäche und der allzu großen Nachgiebigkeit beschuldige, habe er nicht eines der vitalen Rechte Frankreichs preisgegeben. Gewiß, auch er sei nicht unfehlbar. Aber wenn das eine oder andere Ereignis ihn überfallen habe, so sei es der französische Volkst die immer wieder gelungene, die Dinge ohne Schaden für Frankreich in Ordnung zu bringen. Auch die Frage des Aufschusses habe bereits von ihrer Schärfe viel verloren. Der Verlust dazu, den Deutschland und Österreich unternehmen hätten, liege auf wirtschaftlicher Ebene, und deshalb könne ihm Frankreich nur durch die Initiative zu einem wirklich konstruktiven Wert des wirtschaftlichen Ueberwachens begegnen. Die europäische Föderation, zu der die Anregung von ihm selbst ausgegangen sei, habe sich auch in diesem Falle wieder als das beste und wirksamste Instrument zur Erhaltung des Friedens erwiesen.

Das Ereignis an sich sei ernst und bedauerlich. Gerade er glaube den deutschen Staatsmännern gegenüber stets so gehandelt zu haben, daß diese ihm Oeffen dieser Art hätten ersparen dürfen. Die Methode, die Deutschland und Österreich gewählt hätten, habe nicht nur in Frankreich allein Bitterkeit herangezogen und dem Mißtrauen gegen Deutschland neue Nahrung gegeben. Sie sei ein schwerer politischer Fehler gewesen. Aber gerade in solchen Augenblicken gelte es, die Nerven nicht zu verlieren und alles zu tun, um der Vermutung zum Siege über die Erzeugung des Augenblicks zu verhelfen. Die Panik sei in solchen Situationen eine gefährliche Katagorie.

Fortsetzung Umfette

Der Bauausstellung zum Geleit

Die Deutsche Bauausstellung, die heute eröffnet wird, wird erneut Zeugnis für deutsche Arbeit und deutschen Unternehmungsgeliste ablegen. Möge sie dazu beitragen, durch Aufzeichnung neuer technischer Wege die schwere wirtschaftliche Krise, insbesondere aber dem widrigen Gebiet der Bauwirtschaft, zu überwinden.

Dr. Fritz Elias
Bürgermeister von Berlin

*

Einem ausführlichen Bericht über die Ausstellung verweisen wir in der 1. Beilage